

Nützliche Nachrichten 2-3 / 2016

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70 · D-51124 Köln · Tel. 0 22 03.126 76 · Fax 0 22 03.126 77 · dialogkreis@t-online.de

Spendenkonto Dialog-Kreis · IBAN DE55 3705 0198 0009 1525 39 · BIC COLSDE33XXX

Redaktion Andreas Buro †, Mani Stenner †, Gisela Penteker, Memo Şahin, Luise Schatz

Redaktionsschluss: 27. Februar 2016



Cizre 12. 2. 2016. Hier lebten Menschen.
Diese Häuser wurden durch Artillerie und Kampfpanzer des NATO-Mitgliedes Türkei beschossen.
Über 150 Menschen wurden von den Todesschwadronen der Türkei in den Kellern hingerichtet und ihre Leichen verbrannt.

Quizfrage des Jahres:

Wer könnte folgendes gesagt haben?

„Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich, das nicht fortzusetzen. Wir haben Interessen. Die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt. (...) Natürlich gibt es in der Türkei Dinge, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man auch Verständnis dafür haben, dass es im Zuge des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt.“

Inhalt

Der schmutzige Interessenausgleich der Bundesregierung mit der Türkei!	2
Hunderttausende in Gefahr	5
Akademiker: Wir möchten nicht Teil dieses Verbrechen sein!	6
Cizre, 13. Februar 2016 nach Beendigung türkischer „Operationen“	7
In den Kellern von Cizre	7
Nur aus einem Keller in Cizre wurden 41 Leichen geborgen	9
Stoppt den Krieg in Kurdistan!	10
GEW-Vorsitzende verurteilt Gewalt und Unterdrückung	10
Krieg in Kurdistan	11
Attentat auf türkisches Militär in Ankara	12
Das Schweigen der Bundesregierung und ihre historische Verantwortung gegenüber den Kurden	12
IPPNW: Türkei verwehrt ÄrztInnen den Zugang zu Schwerverletzten	13
Dringender Hilferuf aus Nordsyrien: Türkei soll Blockadepolitik aufgeben	13
Türkische Armee bombardiert syrisch-kurdische Enklave Afrin	14
Gegen den türkischen Angriffskrieg gegen die Kurden in Syrien	14
Hinweis auf sonstige Infostellen	14

Editorial

„Der Krieg in der Türkei ist so furchtbar wie der in Bosnien war. Er zerrüttet, wie auf dem Balkan vorexerziert, die Gesellschaft der Türkei: Verfeindung, Entdemokratisierung, Verfall der Rechtstaatlichkeit, soziales Elend, Wirtschaftsprobleme und Verletzung der Menschenrechte noch und noch. Sie alle wissen das und wohl alle, an die wir uns wenden, wünschen nichts sehnlicher, als dass dieser Krieg so schnell wie möglich endet.

Vielleicht stimmen wir auch darin überein, dass der Friede nicht herbeigebombt und -geschossen werden kann. Wir müssen also für eine politische Lösung kämpfen, und zwar nicht mit Waffen und Gewalt, sondern indem wir immer mehr Menschen und Institutionen dafür gewinnen, die Forderung nach einer politischen Lösung zu unterstützen. (...)

Wer Frieden und Versöhnung will, muss dies bereits heute in seinem eigenen Verhalten praktizieren, und zwar nicht nur in Bezug auf den fernen Krieg in der Türkei. Es gilt, auch gerade hier in der Bundesrepublik den Dialog über politische Grenzen hinweg zu eröffnen.“

Dies waren die Startzeilen von Andreas Buro für die Herausgabe der Nützlichen Nachrichten (NN) im Juni 1996. Seit 20 Jahren erschienen die Nützlichen Nachrichten unter Federführung und Kleinarbeit von Andreas Buro. Er ist seit dem 19. Januar 2016 nicht mehr unter uns und wir sind auf uns gestellt.

Von 1996 bis Ende 2005 wurden die NN in dreimonatigem Rhythmus in gedruckter Form herausgebracht. Sie wurden an 2.500 Adressaten per Post verschickt. Da wir die Druck- und Portokosten nicht mehr finanzieren konnten, wurden sie Anfang 2006 auf einen digitalen Brief umgestellt. Seitdem werden die NN monatlich an über 5.000 InteressentInnen verschickt.

Für diese Arbeit wurden wir manchmal gelobt und gewürdigt, manchmal auch beschimpft und beleidigt. Dies haben wir gelassen hingenommen, da dies zu unserem Geschäft gehörte.

Die erste Nummer der Nützlichen Nachrichten in diesem Jahr haben wir Andreas gewidmet. Auch hierzu erhielten wir viele positive Rückmeldungen, mit einer Ausnahme. „Ein unsäglicher Egomane und destruktiver Neidhammel“, wie ein Freund diesen hässlichen Typen beschrieb, hat über einen verstorbenen Menschen ekel-erregenden Mist geschrieben.

Im Orient gibt es eine ungeschriebene Regel. Über einen Menschen darf man zu Lebzeiten auch Negatives sagen. Aber nachdem er sich vom Leben verabschiedet hat, gehört es sich nicht, ihn zu beleidigen und zu beschimpfen.

Es ist Krieg in und um Kurdistan, in den vom Irak, von Syrien und der Türkei beherrschten Teilen.

Dieser Krieg ist hässlich. Und er wird immer hässlicher und brutaler. Der Krieg der Türkei gegen die Kurden wurde jahrzehntelang in den Bergen geführt. Seit Sommer letzten Jahres jedoch wird er in die Städte, in die Hochburgen des kurdischen Widerstandes verlagert. Eine Bestrafungsmaßnahme an der kurdischen Bevölkerung.

Gegen diese Art der Kriegsführung könnte Andreas wegweisend viel sagen, schreiben und machen. Er ist aber nicht mehr da und wir können die entstandene Leere nicht füllen, egal wie wir uns anstrengen.

Andreas' Wunsch war, dass wir die von ihm begonnene Arbeit fortsetzen. Wir, Gisela Penteker, Luise Schatz und Memo Şahin sowie weitere enge Freundinnen und Freunde des Dialog-Kreises, werden uns bemühen, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Wir sind keine klaren und kühlen Köpfe wie Andreas, der als Mentor, Mediator und Moderator agierte. Wenn wir manchmal hitzig und emotional reagieren, bitten wir im Voraus vielmals um Entschuldigung.

Ein letztes Wort noch. Wir vermissen Andreas sehr und seinen Musterschüler Mani Stenner, der die Arbeit des Dialog-Kreises mitgeprägt hat.

Ein Heft ohne Andreas!

Die Redaktion

Der schmutzige Interessenausgleich der Bundesregierung mit der Türkei!

Memo Şahin

„Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich, das nicht fortzusetzen. Wir haben Interessen. Die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt. (...) Natürlich gibt es in der Türkei Dinge, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man auch Verständnis dafür haben, dass es im Zuge des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt.“ (Monitor, 4. Februar 2016, <http://www.ardmediathek.de/tv/Monitor/Monitor-vom-04-02-2016-mit-Geb%C3%A4rdenspra/Das-Erste/Video?documentId=33205086&bcastId=438224>)

Dies ist keine Aussagen eines unbedeutenden Lokalpolitikers in einem unwichtigen Land am Ende der Welt, sondern das Statement von Bundesinnenminister Thomas de Maizière zur deutschen Türkeipolitik. Für eine Regierung beschämend, die trotz dieser Aussagen noch an ihm festhält. Schmutzig genug für ein Land, auf dessen Fahne Freiheit, Demokratie und Menschenrechte stehen!



Eben im Zuge „des Interessenausgleichs“ hat die Bundesregierung keinen Ton von sich gegeben, während in den letzten Monaten über 10 kurdische Städte, darunter die Altstadt der kurdischen Metropole Diyarbakir (Sur), nach und nach ins Visier des islamistischen Herrschaftsregimes Erdogans kamen. Mit Kampfpanzern, Artillerie und Raketenwerfern wurden die Städte Sur/Diyarbakir, Cizre, Silvan, Bismil, Nusaybin, Silopi, Idil, Yüksekova, Varto und weitere unter Beschuss genommen und Hunderte von Zivilisten von Heckenschützen, Todesschwadronen und Killern der AKP-Regierung hingerichtet. Innerhalb von drei Tagen, vom 10. bis 13. Februar, wurden allein in Cizre über 150 von der türkischen Armee und Polizei hingerichteten, verbrannten und mit Granaten zerstückelten Leichen geborgen.



Ganze Stadtteile wurden dem Erdboden gleichgemacht. Die Bilder aus Cizre und Sur – Städte innerhalb der Grenzen des NATO-Partners Türkei – unterscheiden sich kaum von den Bildern aus Kobanê und Aleppo. Die Bundesregierung, allen voran Bundeskanzlerin Merkel, die es in den letzten Jahren vermied, einem einzigen türkischen Amtsträger zu begegnen, hofiert seit dem letzten Herbst

den Mächtigen-Sultan Erdogan und seine Vasallen auf Kosten Hunderter von ermordeten und hingerichteten Kurdinnen und Kurden.



Was sind die Gegenleistungen der Türkei?

Was hat die Bundesregierung im Zuge „des Interessenausgleichs“ erhalten, in dem sie gegenüber Massakern, Vertreibung von Hunderttausenden Zivilisten, massenhaften Verhaftungen von Journalisten, Politikern, gewählten Bürgermeistern und Friedensaktivisten den Mund hielt? Was sind die Gegenleistungen dieses unmenschlichen und beschämenden drittklassigen Kuhhandels orientalischer Art? Hat die Türkei etwa die Grenzen bezüglich der Flüchtlingsströme Richtung Europa dicht gemacht?

Es ist kein Geheimnis, dass die Flüchtlingsströme von der Türkei bewusst in Gang gesetzt worden sind, auch wenn der Bundesinnenminister dies nicht zugibt. Nach türkischen offiziellen Angaben lebten bis Juli 2015 etwa 2,2 Mio. syrische Flüchtlinge in der Türkei; 220.000 von ihnen wurden nach einer strengen Auswahl in den Zeltlagern der türkischen Regierung aufgenommen und zwar Flüchtlinge, die eine Nähe zu einer sunnitisch-islamistischen Organisation aufwiesen. Sie mussten Sunniten, Araber oder Turkmenen sein. Die übrigen 2 Mio. Flüchtlinge versuchen sich und ihre Familien über Wasser halten, indem sie betteln gehen oder sich als Billigjobber verkaufen.

Können Kanzlerin Merkel oder ihr Innenminister den Namen eines einzigen assyrischen, armenischen oder arabischen Christen in den Flüchtlingscamps nennen, oder den eines arabischen Alawiten? Wenn nein, warum nicht? Wurden die syrischen Christen nicht verfolgt und vertrieben? Musste keiner der zwei Millionen syrischen Christen vor den islamistischen Djihadisten, die Köpfe abschlagen, Frauen und Mädchen vergewaltigen und Menschen vertreiben, fliehen?

Eine Rechenhilfe für die Bundesregierung

Ansonsten haben von diesen 2,2 Mio. Flüchtlingen seit Sommer 2015 über eine Million die Türkei verlassen und sich nach Europa begeben. Wenn man diese eine Million Flüchtlinge von der Gesamtzahl (2,2 Mio.) abzieht, leben momentan maximal 1,2 Mio. syrische Flüchtlinge in

der Türkei und nicht, wie die Bundesregierung behauptet, 2,5 Mio. syrische Flüchtlinge.

Haben sich Frau Merkel oder ihr Innenminister überhaupt Gedanken darüber gemacht, warum diese Flüchtlinge nicht schon 2013 oder 2014 die Türkei verließen sondern erst im Sommer 2015? Gab es zuvor keine Schlepper in der Türkei oder lebten die Flüchtlinge unter menschenwürdigeren Verhältnissen?



Auch Merkel und de Maizière sind bestens informiert über die wahren Gründe. Sie wissen genau: Nachdem Erdogan, wie seine Vorgänger, beschlossen hatte, die Kurdenfrage mit einer ethnischen Säuberung endgültig zu lösen und den Vernichtungskrieg gegen die Kurden zu starten, ließ er die Grenzen öffnen, um Europa mittels Flüchtlingsstrom unter Druck zu setzen. Sie sollten die Vorgehensweise der türkischen Regierung nicht kritisieren.

Deshalb wurde die Veröffentlichung des Fortschrittsberichts der EU zur Türkei von Oktober auf November 2015, also auf nach den Wahlen in der Türkei, verschoben. Auch wertet die Bundeskanzlerin Erdogan und sein Unrechtsregime durch mehrere Staatsbesuche auf.

Zudem wurden:

- » der Türkei 3 Mrd. Euro bereit gestellt,
- » die auf Eis gelegten Kapitel der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei plötzlich wieder geöffnet,
- » der Türkei Visaerleichterungen in Aussicht gestellt und
- » die Abnahme eines Flüchtlingskontingentes der Türkei versprochen.

Trotz dieses Kuhhandels und der Zugeständnisse der Bundesregierung und EU flohen seit November 2015 monatlich etwa 100.000 Flüchtlinge nach Europa. Alleine im Januar 2016 überquerten 68.000 Menschen die Ägäis und kamen in Griechenland an.

Welche Kontingentflüchtlinge?

Die von der Bundesregierung avisierten Kontingentflüchtlinge aus der Türkei werden von der türkischen Regierung ausgewählt und nach Europa druchgelassen. Keiner darf sich später wundern, wenn im Zuge der Kontingentflüchtlinge hauptsächlich die geschulten und ausgebildeten Salafisten oder Moslebrüder nach Deutschland kommen.

Trotzdem aber hat die Bundesregierung die Wahl. Sie kann sich noch frei entscheiden, ob die Kontingentflüchtlinge aus der École und dem Lager von Jabhat an-Nusra, Ahrar al Sham, Islamischer Front (Al Jabhat al-Islamia) oder IS (Islamischer Staat) stammen.

Es ist kein Geheimnis mehr, dass die Türkei die in Syrien operierenden islamistischen Djihadisten unterstützt. Von einem Land, das Jahrelang und heute noch für die islamistischen Mörderbanden als Transitland gedient und sie logistisch und militärisch unterstützt hat, darf keiner erwarten, dass sie die säkular eingestellten Syrer, Christen, Alawiten oder Kurden als Kontingentflüchtlinge nach Europa schickt. Wenn die von der islamistischen AKP-Regierung nach Europa und Deutschland exportierten Schläfer eines Tages aufwachen und sich aktivieren, dürfen sich weder Merkel und de Maizière noch Außenminister Steinmeier wundern, da sie selber den Bock zum Gärtner gemacht haben.



Der Menschenrechtsausschuss des Bundestages entsendet eine Delegation in die Türkei, nach Ankara, Istanbul und Izmir, nicht aber in die vom türkischen Militär bombardierten Städte Kurdistans. Und seit Wochen beschießt die Türkei die Stellungen der kurdischen Verteidiger in Syrien, YPG, unter wohlwollendem Stillschweigen der Bundesregierung und der EU.

Ob die Politikwissenschaften mit diesem beschämenden und schmutzigen Interessenausgleich „bereichert“ wurden, lassen wir beiseite. Was wir wissen, ist, dass er nichts mit der Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte sowie der Demokratisierung eines Landes und mit den Grundwerten Deutschlands zu tun hat.

Es wird nicht lange dauern, dann werden Merkel, de Maizière und Steinmeier dies bitter erfahren und als Feigenblätter eines Unrechtsregimes in die Geschichtsbüchern eingehen. Und leider sind es die Kurden gewohnt, seit Jahrzehnten verraten und verkauft zu werden; nicht zuletzt die Kurden in Syrien, die gegen IS tapfer kämpfen, aber von den Genfer Syrienverhandlungen ausgeschlossen sind. Ob noch einmal mehr oder weniger, ändert ihre Situation nicht!

Hunderttausende in Gefahr

Seit dem 11. Dezember 2015 gilt im Bezirk Sur der Stadt Diyarbakir eine ganztägige Ausgangssperre. Am 14. Dezember wurden solche Ausgangssperren auch in den Städten Cizre und Silopi in der Provinz Şırnak im Südosten der Türkei verhängt. Grund dafür sind Operationen der Polizei und der Armee gegen die Jugendbewegung der Kurdischen Arbeiterpartei. Mehr als 200.000 Menschen wohnen in den betroffenen Gebieten. Einige von ihnen haben keinen Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. Zudem herrschen gravierende Engpässe bei der Strom- und Wasserversorgung. Mehr als 70 Bewohner_innen der betroffenen Gebiete und mindestens sieben Angehörige der Polizei und der Armee sollen bereits getötet worden sein.

Wegen einer Operation der Sicherheitskräfte gegen die bewaffnete Patriotische Revolutionäre Jugendbewegung (Yurtsever Devrimci Gençlik Hareketi – YDG-H), die Jugendbewegung der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), ist am 14. Dezember 2015 in den Städten Cizre und Silopi in der Provinz Şırnak eine ganztägige Ausgangssperre verhängt worden. Lokale Anwalt_innen und Aktivist_innen sagten Amnesty International, dass in Cizre seit Verhängung der Ausgangssperre bereits 40 Todesfälle gemeldet wurden. Unter den Toten, von denen viele mutmaßlich durch Scharfschützen der Sicherheitskräfte ums Leben kamen, sind auch Frauen, Kinder und ältere Menschen. Die Bewohner_innen von Silopi haben seit dem 14. Dezember bereits 25 Todesopfer gemeldet, unter denen sich ebenfalls Frauen und Kinder befinden. Ein lokaler Anwalt berichtete, dass die Leiche der 56-jährigen Taybet İnan, die von einem Scharfschützen erschossen worden war, sieben Tage lang auf offener Straße liegen blieb, da es ihrer Familie nicht möglich war, sie fortzubringen.

Am 11. Dezember wurde im Bezirk Sur der Stadt Diyarbakir in sechs Vierteln eine Ausgangssperre verhängt. Anwalt_innen berichten, dass seitdem mindestens 13 Bewohner_innen getötet wurden. Etwa die Hälfte der Einwohner_innen des Bezirks soll in angrenzende Gebiete geflohen sein, in denen derzeit keine Ausgangssperre gilt. Proteste und Mahnwachen, die täglich außerhalb der von den Ausgangssperren betroffenen Bereiche abgehalten werden, werden regelmäßig von der Polizei unter Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern aufgelöst. Dabei kommt es häufig auch zu der Festnahme von Demonstrierenden.

In allen Bereichen, in denen Ausgangssperren verhängt wurden, herrschen gravierende Engpässe bei der Strom- und Wasserversorgung. Die Bewohner_innen können ihre Häuser nicht verlassen, um sich mit Grundnahrungsmitteln einzudecken, und Menschen mit gesundheit-

lichen Problemen ist es nicht möglich, ihre Viertel sicher zu verlassen, um Zugang zu medizinischer Versorgung zu erhalten. In einigen Fällen konnten Rettungswagen nicht in die betroffenen Bereiche einfahren, weil die Sicherheitslage zu schlecht war oder die Sicherheitskräfte ihnen den Zugang verwehrten.

SCHREIBEN SIE BITTE

INNENMINISTER Efkan Ala, İçişleri Bakanlığı,
Bakanlıklar, Ankara, TÜRKİE
Fax (00 90) 312 418 1795, E-Mail: ozelkalem@icisleri.gov.tr

MINISTERPRÄSIDENT, Mr. Ahmet Davutoğlu,
Vekaletler Caddesi Başbakanlık Merkez Bina,
P.K. 06573, Kızılay / Ankara, TÜRKİE
Fax (00 90) 312 403 6282,
E-Mail: ozelkalem@basbakanlik.gov.tr

BOTSCHAFT DER REPUBLIK TÜRKİE
S. E. Herrin Hüseyin Avni Karslıoğlu, T
iergartenstr. 19-21, 10785 Berlin
Fax 030-275 90 915, E-Mail: botschaft.berlin@mfa.gov.tr

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

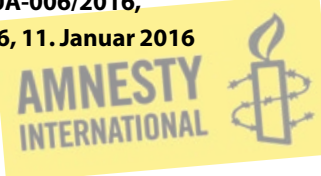
Seit Abbruch des Friedensprozesses zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und der Regierung im Juli 2015 kommt es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Patriotischen Revolutionären Jugendbewegung (Yurtsever Devrimci Gençlik Hareketi - YDG-H), der Jugendbewegung der PKK, und Sicherheitskräften in den städtischen Gebieten im Südosten der Türkei.

Laut dem türkischen Innenminister wurden bei diesen jüngsten Gewalthandlungen mehr als 3.000 "Terroristinnen und Terroristen" getötet. Mitte Dezember 2015 nahmen die Auseinandersetzungen zu, nachdem es zu einem Masseneinsatz von Polizei- und Militärkräften in der Region kam.

In Ortschaften und Städten, in denen die Sicherheitskräfte Operationen gegen die YDG-H durchführen, sind ausgedehnte ganztägige Ausgangssperren verhängt worden, die es den Bewohner_innen untersagen, ihre Häuser und Wohnungen zu verlassen. Die Behörden geben an, dass diese Ausgangssperren erforderlich sind, um „das Ergreifen von Mitgliedern der separatistischen terroristischen Organisation [PKK] zu ermöglichen und die Sicherheit der Menschen und den Schutz ihres Eigentums zu gewährleisten.“

Die Türkei ist verpflichtet, das Recht auf Bewegungsfreiheit zu wahren. Dieses Recht darf zwar gewissen Einschränkungen unterworfen werden, diese müssen jedoch stets dem „Erforderlichkeits- und Verhältnismäßigkeitstest“ standhalten. (...)

amnesty international, UA-006/2016,
Index: EUR 44/3178/2016, 11. Januar 2016



Akademiker: Wir möchten nicht Teil dieses Verbrechen sein!

Weit über zweitausend Akademikerinnen und Akademiker haben einen Aufruf zur Beendigung der Belagerung der kurdischen Städte verbreitet. Gleich wurden sie von der AKP-Regierung als Unterstützer der Terroristen abgestempelt und eine Hetzjagd begann. Gegen über hundert UnterzeichnerInnen wurden Ermittlungen eingeleitet und viele von ihnen sind von den Universitäten auf Drängen der Regierung entlassen worden. An den Türen einiger UnterzeichnerInnen wurden Drohbriefe angebracht und Kreuze angemalt.

Diese Aktion der AkademikerInnen fand weltweit Widerhall. Tausende Akademiker, Künstler, Intellektuelle solidarisierten mit ihnen.



Hier in Bolu wird ein Wissenschaftler von Anti-Terror-Einheiten abgeführt, 15. Jan. 2016

Hier ist der Aufruf im Wortlaut

Der Türkische Staat verurteilt seine Bürger/innen in Sur, Silvan, Nusaybin, Cizre und in vielen weiteren Orten mit wochenlangen Ausgangssperren zum Verhungern und Ausdursten. Unter kriegsartigen Zuständen werden ganze Viertel und Stadtteile mit schweren Waffen angegriffen. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Freiheit und Sicherheit vor Übergriffen, insbesondere das Verbot von Folter und Misshandlung, praktisch alle Freiheitsrechte, die durch die Verfassung und durch die Türkei unterzeichnete internationale Abkommen unter Schutz stehen, werden verletzt und außer Kraft gesetzt.

Diese gezielt und systematisch umgesetzte gewaltsame Vorgehensweise entbehrt jeglicher rechtlicher Grundlage. Sie ist nicht nur ein schwerwiegender Eingriff in die Rechtsordnung, sondern verletzt internationale Rechtsnormen wie das Völkerrecht, an die die Türkei gebunden ist.

Wir fordern den Staat auf, diese Vernichtungs- und Vertreibungspolitik gegenüber der gesamten Bevölkerung der Region, die jedoch hauptsächlich gegen die kurdische Bevölkerung gerichtet ist, sofort einzustellen. Alle Ausgangssperren müssen sofort aufgehoben werden. Die Täter und die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen



müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die materiellen und immateriellen Schäden, die von der Bevölkerung zu beklagen sind, müssen dokumentiert und wiedergutmacht werden. Zu diesem Zweck verlangen wir, dass nationale und internationale unabhängige Beobachter freien Zugang zu den zerstörten Gebieten erhalten, um die Situation vor Ort einzuschätzen und zu dokumentieren.

Wir fordern die Regierung auf, die Bedingungen für eine friedliche Beilegung des Konflikts zu schaffen. Hierfür soll die Regierung eine Roadmap vorlegen, die Verhandlungen ermöglicht und die Forderungen der politischen Vertretung der kurdischen Bewegung berücksichtigt. Um die breite Öffentlichkeit in diesen Prozess einzubinden, müssen unabhängige Beobachter aus der Bevölkerung zu den Verhandlungen zugelassen werden. Wir bekunden hiermit unsere Bereitschaft, freiwillig an dem Friedensprozess teilzunehmen. Wir stellen uns gegen alle repressiven Maßnahmen, die auf die Unterdrückung der gesellschaftlichen Opposition gerichtet sind.

Wir fordern die sofortige Einstellung der staatlichen Repressionen gegen die Bürger/innen. Als Akademiker/innen und Wissenschaftler/innen dieses Landes bekunden wir hiermit, dass wir nicht Teil dieser Verbrechen sein werden und in den politischen Parteien, im Parlament und in der internationalen Öffentlichkeit, Initiative ergreifen werden, bis unser Anliegen Gehör findet.

Cizre, 13. Februar 2016 nach Beendigung türkischer „Operationen“



Über 160 Leichen wurden aus diesen Häusern geborgen.
(Bilder sind von Rudaw übernommen)



In den Kellern von Cizre

Von Michael Knapp

Seit Tagen kommen in kurzen Abständen Nachrichten aus der belagerten Stadt Cizre, die das Grauen der jeweils vorherigen Nachricht noch in den Schatten stellen. In den jüngsten Meldungen berichtet ANF-News (Firatnews) von 66 getöteten Menschen, die sich vor der türkischen Polizei und dem Militär in Kellern in Cizre geflüchtet hatten, und weiteren 73 Verletzten, deren Verbleib unklar ist.

Nachrichtensperre, Deutungshoheit und Berichte aus der Kriegszone

Nach Berichten auch der anderen oppositionellen Nachrichtenagentur – DIHA – werden stündlich neue Leichen aus Cizre in die Krankenhäuser gebracht. Im Stadtviertel Cudi spricht man von insgesamt 94 Toten, im Stadtviertel Sur von 45 Toten. Offiziell bestätigt sind laut der kurdischen Nachrichtenagenturen bisher nur die oben genannten Zahlen.

Die Türkei hat eine Nachrichtensperre über die Gebiete verhängt. Wo ihr Militär agiert und Schrecken verbreitet, ist die Informationslage davon geprägt: Die türkische Regierung will die Deutungshoheit über ihre Story. Die kurdischen Nachrichten berichten Anderes, dem Widersprechendes, das auf Augenzeugen-Aussagen beruht und immer wieder auch von außerhalb bestätigt wird.

In Cizre herrscht seit 58 Tagen Ausgangssperre. Die Menschen können ihre Häuser nicht verlassen, da, wie Augenzeugen immer wieder berichten, Scharfschützen des

türkischen Militärs das Feuer auf sie eröffnen. Dies stellte auch eine Untersuchungskommission des mittlerweile ebenfalls ermordeten Vorsitzenden der Anwaltskammer von Diyarbakir Tahir Elci schon im September 2015 fest.



Cizre, 12.2.2016

Die Flucht in die Keller

Vielen Menschen in dem Stadtviertel von Cizre blieb nichts anderes übrig, als sich vor dem Beschuss der türkischen Artillerie in Keller zu flüchten. Auch im Viertel Sur der Stadt Diyarbakir sieht die Situation ähnlich bedrohlich aus. Hier soll das Militär nach 70 Tagen Ausgangssperre über Lautsprecher gedroht haben: „Ergebt Euch, sonst setzen wir die Luftwaffe ein.“

Die Eingeschlossenen befinden sich in mehreren Kellern. Während im 1. Keller in der Bostanici Straße, der Tod von neun Personen verifiziert zu sein scheint, fehlt der Kontakt zu 15 weiteren Verletzten aus einem weiteren Keller. In einem Keller in der Narin Straße von Cizre, verbrannten zur gleichen Zeit 9 Personen, als das Gebäude, in dem sich 62 Verletzte befanden, durch Artilleriebeschuss in Brand geriet. Am gleichen Tag wurde nach ANF-Angaben ein 16-Jähriger erschossen, als er das Haus mit einer weißen Fahne verließ.

Der HDP-Abgeordnete von Shirnak, Sariyildiz, der die Situation vor Ort beobachtet, berichtete schon vor wenigen Tagen über die Situation der Eingeschlossenen. Er bestätigte Berichte von einem mutmaßlichen Massaker am 8. Februar 2016 in Cizre: „Wir haben zwei Leichenwagen der Stadtverwaltung von Cizre zum Gebäude geschickt. Die Polizei sagte den Fahrern der Leichenwagen, sie sollten umkehren und 30 Leichensäcke mitbringen. Die Fahrer erklärten, dass sie sehr viele Leichen gesehen hätten.“

Am 7. Februar führten die staatlichen Kräfte eine Operation gegen die in Kellern Eingeschlossenen durch, der staatsnahe Sender TRT verkündete: „60 Terroristen neutralisiert.“ Im Laufe des Tages ruderten die türkischen Medien zurück, der Generalstab und der Gouverneur der Provinz Shirnak sprachen schließlich von 10 „neutralisierten Terroristen“. Diese Erklärung unterstützte auch der türki-

sche Ministerpräsident Davutoglu, während Angehörige von Polizei und Militär Siegesposen mit den verbrannten Leichen von mindestens 29 Personen in den sozialen Netzwerken verbreiteten.

Dramatische Augenzeugenberichte

Weiterhin wurden am Abend mit Krankenwagen der Stadtverwaltung Cizre 27 verbrannte und verstümmelte Leichen aus dem Haus ins Krankenhaus gebracht, 12 weitere folgten am 10.02. von den 23 übrigen Personen fehlt jede Spur. Im dritten Keller im Viertel Sur von Cizre befanden sich 45 Verletzte – durch Beschuss mit Panzern sind die oberen Stockwerke eingestürzt. Mit den Eingeschlossenen, unter ihnen die ehemalige HDP-Kreisvorsitzende von Milas, Derya Koc. Mit ihr konnte Telefonkontakt hergestellt werden, sie berichtete gegenüber dem Sender IMC TV telefonisch, dass die Polizei Benzin in das Gebäude gegossen habe und dass so 20 Personen verbrannt worden seien.

Das Telefongespräch verlief dramatisch. Die Frau berichtete von einem Panzer, aus dem osmanische, von Utranationalen (Graue Wölfen und MHP) benutzte Mehermarsch-Musik gespielt wurde, der die Wände einriss und Gas ins Innere feuerte. Laut Berichten klagte Derya Koc, am Telefon, dass sie keine Luft mehr bekämen.



Cizre, 12.2.2016

Die politischen Linien in Ankara und Berlin

Davutoglu hatte zu Beginn der Operationen bereits durch seine Aussage „Wir werden sie in ihren Gräben begraben“ die Linie vorgegeben. Für den Sprecher der Friedensbewegung „Friedensblock“ handelt es sich bei dem Vorgehen gegen Eingeschlossenen in den Kellern um „Hinrichtungen“.

Die Abgeordnete der CHP-Istanbul, Selina Dogan, klagte ebenfalls das Vorgehen des türkischen Staates an: „Auch in Kampfsituationen gibt es Regeln die eingehalten werden müssen, der Staat muss sich auch im Rahmen der Legalität bewegen.“

Der CHP-Abgeordnete Mahmut Tanal stimmte ihr bei: „Dieses Ereignis ist ein Zeichen dafür, dass die Türkei sich von den Menschenrechten abgewandt hat.“

Währenddessen verfolgte Frau Merkel bei ihrem Besuch in Ankara ihre vom Bundesinnenminister offen klargestellte Linie in Sachen Menschenrechte: „Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich, das nicht fortzusetzen. Wir haben Interessen. Die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt. (...) Natürlich gibt es in der Türkei Dinge, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man auch Verständnis dafür haben, dass es im Zuge des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt.“

In Diyarbakir fand am Montag eine Protestaktion gegen die Doppelmoral von Merkels Türkeipolitik angesichts der Realität in der Region statt. Unter anderem zeigten die Protestierenden Plakate auf Englisch und Deutsch, auf denen u.a. stand: „Frau Merkel, sind Sie bereit, eine halbe Million weitere Flüchtlinge aus Kurdistan aufzunehmen?“

Für die nächsten Tage sind Großdemonstrationen angekündigt.
<http://www.heise.de/tp/artikel/47/47367/1.html>, 11.2.16

Nur aus einem Keller in Cizre wurden 41 Leichen geborgen

Die kurdische Zeitung aus Irakisch-Kurdistan Bas verbreitete nach einer Meldung der türkischen Cihan Nachrichtenagentur, dass am 19. Februar in einem zweiten Keller in Cizre 41 Leichen geborgen und die Häuser in der Umgebung fast dem Erdboden gleich gemacht worden sind.



Seit dem 14. Dezember ist über die Stadt eine totale Ausgangssperre verhängt. Vorher, in den 1980er oder 1990er Jahren wurden sie als Kriegsrecht oder Ausnahmezustand bezeichnet; im Jahre 2016 aber als Ausgangssperre.

In der Meldung wird berichtet, dass in den Stadtteilen Nur, Sur, Cudi und Yafes die überwiegende Mehrheit der Häuser total zerstört sind.



Über das Ausmaß der Zerstörungen und Brutalität der türkischen Sicherheitskräfte finden sich weiterführende Informationen und Berichte auf der Internetseite des Demokratischen Türkeiforums e. V., www.tuerkeiforum.net

Von 178 Leichen wurden nur 77 identifiziert

Am 26. Februar 2016 gab der Krisenstab der kurdischen NGOs bekannt, die sich um die Verbesserung der Lage in den von den türkischen Panzern und Artillerie umzingelten und unter Beschuss genommenen Städten bemühen, dass von den 178 innerhalb von drei Wochen in Cizre hingerichteten Menschen nur 77 identifiziert worden sind und die restlichen 101 Leichen wegen totaler Verbrennungen und Schändungen bisher nicht identifiziert werden konnten. Die Familien warten seit Wochen die Übergabe der Leichen ihrer Angehörigen.



Übereinander geworfene Leichen der 54 in Cizre hingerichteten Menschen

Stoppt den Krieg in Kurdistan!

Seit Juli dieses Jahres hat die türkische Regierung ihre Friedensgespräche mit dem politischen Repräsentanten der kurdischen Bewegung, Abdullah Öcalan, abgebrochen und ist zur Bekämpfung der Kurdischen Arbeiterpartei PKK zurückgekehrt. Seitdem herrscht mit zunehmender Gewalt Krieg im Südosten der Türkei/Nordkurdistan. Was als Bürgerkrieg in den deutschen Medien dargestellt wird, ist in Wahrheit ein Angriff des türkischen Militärs gegen die kurdische Bevölkerung mit allen Mitteln. Seit Monaten werden die kurdischen Städte in Nordkurdistan mit schweren Kriegswaffen belagert. Mit Panzern, Kampfhubschraubern, einem breiten Aufgebot von Soldaten, Spezialkräften und Polizisten greifen die türkischen Kampfseinheiten die kurdische Zivilbevölkerung in mehr als 17 Ortschaften, u.a. Cizre, Nusaybin, Sur, Mardin und Sirnak an. Eine totale Ausgangssperre ist über diese Orte verhängt worden.

Bis Anfang Dezember fielen den Angriffen von Militär und Polizei über 500 Menschen zum Opfer mit permanent ansteigender Zahl. Allein drei Selbstmordattentate in Diyarbakir, Suruc und Ankara kostete 138 Menschen das Leben und 929 wurden verletzt. Ziel der Attentate waren Versammlungen der HDP oder Demonstrationen der Opposition. Zahlreiche Politikerinnen und Politiker der Opposition sowie Journalistinnen und Journalisten, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sind in Haft genommen worden. Die Folter, die nie aufgegeben worden war, wird unter der Aufsicht der Sicherheitskräfte in den Internierungslagern, Gefängnissen und Militärbaracken weiter ausgedehnt und verschärft. Während der ersten elf Monate des Jahres 2015 wurden über 560 Fälle von Folter berichtet, ohne dass die Folterer zur Rechenschaft gezogen würden.

Während der jüngsten Großoffensive in der Provinz Sirnak nahe der syrischen Grenze mit dem Einsatz von über 10.000 Soldaten und Spezialkräften der Polizei äußerten Staatspräsident Erdogan und Ministerpräsident Davutoglu, dass der Krieg gegen die Kurden solange fortgeführt werde, bis die PKK „vernichtet“ und die Städte „gesäubert“ seien. Über 100 Menschen fielen den Angriffen in der letzten Woche zum Opfer, über 200.000 Menschen sind derzeit auf der Flucht.

Ein solcher Krieg in einem NATO-Staat ist nicht tragbar. Es ist eine ungeheuerliche Provokation, dass ein Staat, der um die Aufnahme in die EU nachsucht, gleichzeitig ein Volk in seinen Grenzen mit Gewalt und Krieg bekämpft. Die kurdische Frage in der Türkei lässt sich nicht mit Gewalt, sondern nur mit politischen Verhandlungen lösen. Hier sind vor allem die Staaten der NATO und der EU in ihrer Verantwortung für einen gegenwärtigen oder zukünftigen Mitgliedsstaat gefragt.

Wir fordern daher die Bundesregierung dringend auf, ihren ganzen Einfluss bei der türkischen Regierung geltend zu machen und Druck auf sie auszuüben, die militärischen Angriffe sofort einzustellen und die Friedensgespräche mit Abdullah Öcalan für eine Friedenslösung wieder aufzunehmen.

Dazu ist es notwendig, die PKK von der Terrorliste zu nehmen, um einen echten Dialog für eine ernsthafte Friedenslösung zwischen der türkischen Regierung und dem kurdischen Volk zu ermöglichen.

Unterzeichner_innen

Prof. Dr. Elmar Altvater, Berlin; Prof. Dr. Ulrich Gottstein – Ehrenvorstandsmitglied IPPNW; Dr. Angelika Claußen – IPPNW; Dr. Sabine Farrouh – IPPNW; Dr. Matthias Jochheim – IPPNW; Dr. Manfred Lotze – IPPNW; Ra Dr. Otto Jaeckel – Vorsitzender IALANA, Berlin; Reiner Braun – Geschäftsführer IALANA, Berlin; Ra'in Heike Geisweid – Vorsitzende MAF-DAD; Ra Thomas Schmidt, Generalsekretär der EJDM, Düsseldorf; Rolf Becker, Schauspieler; Prof. Dr. Andreas Buro – Friedensforscher & Menschenrechtler; Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Osnabrück; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel; Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt/Publizist, Bremen; Clemens Ronnefeldt – Internationaler Versöhnungsbund

- » IPPNW Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
- » IALANA Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen – für gewaltfreie Friedensgestaltung
- » MAF-DAD (Kurdisch für Recht und Gerechtigkeit) Verein für Demokratie und internationales Recht
- » EJDM Europäische Vereinigung von Juristinnen & Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt
- » HDP Halkların Demokratik Partisi (Demokratische Partei der Völker)

info@kurdistankrieg-stoppen.de,

www.kurdistankrieg-stoppen.de

GEW-Vorsitzende verurteilt Gewalt und Unterdrückung

Mit massiven Repressionen geht die Türkei gegen Kritik an ihrer Kurdenpolitik vor. Jetzt trifft es Wissenschaftler*innen, die sich in einem Aufruf für eine friedliche Lösung des Kurdenkonflikts einsetzen.

Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe kritisiert die fortgesetzten Repressionen gegen Oppositionelle und Minderheiten in der Türkei und fordert von der türkischen Regierung die Einhaltung der Menschenrechte und ein Ende der Gewalt im Kurdenkonflikt.

Seit die AKP-Regierung im Juli 2015 nach einem mehrjährigen Friedensprozess den Waffenstillstand mit der weiterhin verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK aufgekündigt hat, dreht sich die Spirale der Gewalt im Südosten der Türkei immer schneller. Es herrscht Bürgerkrieg in den mehrheitlich von Kurden bewohnten Städten. Mit Panzern wird auf Wohnhäuser geschossen, in denen die Armee Aufständische vermutet. Selbst Schulgebäude bleiben nicht verschont.

Neue Fluchtbewegung

Die Kämpfe haben eine neue Fluchtbewegung in der Türkei ausgelöst, die bisher schon mehr als zwei Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen hat. Nach Schätzungen sind in den vergangenen Wochen zwischen 200.000 und 300.000 Menschen vor der neuerlichen Gewalt im Kurdenkonflikt geflohen.

Wie so oft bei Krieg und Vertreibung trifft es Kinder besonders hart. Viele sind durch das unmittelbare Erleben von Tod und Gewalt traumatisiert. Und trotzdem müssen sie mithelfen, das tägliche Überleben ihrer Familien zu sichern. Ein Schulbesuch ist für viele nicht mehr möglich.

In einem Aufruf „Akademiker für den Frieden“ haben sich vor einer Woche rund 1.200 türkische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für ein Ende der Gewalt und eine friedliche Lösung im Kurdenkonflikt ausgesprochen. Die türkische Regierung reagiert darauf mit Drohungen und Repressalien. Mehrere Wissenschaftler wurden verhaftet, gegen andere wurden Disziplinarverfahren eingeleitet. Sie müssen sich nun wie vor ihnen bereits zahlreiche Journalist*innen, Gewerkschafter*innen und Oppositionspolitiker*innen wegen Staatsbeleidigung und Terrorpropaganda verantworten.

„Gewalt ist keine Lösung“

„Krieg kennt nur Verlierer“, so die GEW-Vorsitzende Tepe. „Gewalt ist keine Lösung, sondern verschärft den Konflikt nur weiter. Strafmaßnahmen gegen türkische Wissenschaftler*innen, die dies erkannt haben und den Mut aufbringen, öffentlich für eine friedliche Lösung einzutreten, sind absolut nicht hinnehmbar. Frieden und die Suche nach Konsens sind schwierig, aber der einzige Weg. Es ist zu wünschen, dass die Bundesregierung sich trotz ihres aktuellen Interesses an Zusammenarbeit mit der Türkei zur jüngsten Eskalation der Gewalt und Repression kritisch äußert und auf Frieden drängt.“

Gemeinsam mit anderen europäischen Bildungsgewerkschaften wird die GEW sich im Februar an einer Delegationsreise in die Türkei beteiligen, um sich vor Ort zu informieren und ein Ende der Gewalt zu fordern.

<http://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/tuerkei-gew-vorsitzende-verurteilt-gewalt-und-unterdrueckung/>; 25.1.16

Krieg in Kurdistan

Morgens früh am 10. Januar 2016 wurden in Wan/Van 12 kurdische Jugendliche von den Killern der AKP-Regierung regelrecht hingerichtet.



Dann wurden die Leichen der Getöteten auf dem Schnee zur Schau gestellt.



Straßensperren und nur noch Militärkonvois

Langanhaltende Ausgangssperre in der Altstadt von Diyarbakir

Seit Anfang Dezember existiert über die Altstadt von Diyarbakir (Sur) eine dauerhafte Ausgangssperre. Seit drei Monaten werden Menschen daran gehindert, einzukaufen, in die Schule zu gehen, ihre Verwundete ins Krankenhaus zu bringen oder ihre Toten zu begraben. So sieht Sur am 27. Februar 2016 aus. In den Kellern der zerbombten Häusern versuchen Menschen am Leben zu bleiben.



Attentat auf türkisches Militär in Ankara

Zwei Tage nach dem Anschlag auf einen Militärkonvoi in Ankara hat sich eine militante Kurdenorganisation zu der Tat bekannt. Die Gruppe Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) erklärte auf ihrer Internetseite, einer ihrer Kämpfer habe den Anschlag auf „Soldaten der faschistischen türkischen Republik“ verübt. Bei dem Anschlag im Zentrum der türkischen Hauptstadt am Mittwochabend waren 28 Menschen getötet und 81 verletzt worden.

Die TAK begründete den Anschlag mit dem gewaltsamen Vorgehen der Regierung gegen die Kurden im Nordosten des Landes. Sie drohte mit weiteren Attentaten und warnte Urlauber davor, in die Türkei zu reisen.

Die Gruppe hatte früher Verbindungen zur Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Diese gilt in der Türkei, der EU und den USA als terroristische Organisation und kämpft für eine Autonomie der Region.

Die Türkei wurde in den vergangenen Monaten von mehreren Anschlägen erschüttert. Seit dem bislang blutigsten Anschlag, bei dem im Oktober bei einer prokurdischen Friedensdemonstration in Ankara 103 Menschen getötet wurden, gilt die höchste Terrorwarnstufe. Die türkischen Behörden machten die IS-Miliz für die Tat verantwortlich. Vor einem Monat sprengte sich ein mutmaßlicher IS-Anhänger in Istanbul in die Luft und tötete elf deutsche Touristen.

<http://www.tagesschau.de/ausland/anschlag-ankara-103.html>; 19.2.16

Das Schweigen der Bundesregierung und ihre historische Verantwortung gegenüber den Kurden

Von Elke Dangeleit

Deutschland und die EU wollen den Zustrom von Flüchtlingen über die Türkei begrenzen. Das lassen sie sich etwas kosten.

Dabei werden bei Menschenrechtsverletzungen in der Türkei gegenüber der kurdischen Bevölkerung großzügig beide Augen zugedrückt – trotz wachsender Kritik und erschreckender Bilder aus dem Südosten der Türkei in unseren Medien. Wegen eigener politischer Interessen schaut Deutschland nicht zum ersten Mal weg.

Die Gespräche der deutsch-türkischen Regierungskonsultationen am 22.1.2016 in Berlin verliefen wie erwartet. Begleitet von Protesten begrüßte Angela Merkel Ministerpräsident Davutoglu im Kanzleramt mit militärischen Ehren. In einer abschließenden Pressekonferenz erwähnte sie in einem Nebensatz, die Wichtigkeit der Pressefreiheit sei zwar angesprochen worden, im Vordergrund sei aber die Bewältigung der Flüchtlingsfrage und der Kampf gegen den Terror gestanden.

In einem offenen Brief appellierten Künstler, Journalisten und Wissenschaftler vor dem Treffen, Angela Merkel möge die Menschenrechtsverletzungen ansprechen.

Um die Flüchtlinge von Europa fernzuhalten, forderte Davutoglu mehr Geld. Schließlich habe die Türkei ja 2,5 Mio. Flüchtlinge als „Gäste“ aufgenommen.

Wichtig zu wissen: Nur 250.000 Flüchtlinge leben in der Türkei in staatlichen Flüchtlingslagern. Der Rest lebt in Flüchtlingslagern im Südosten, die von der kurdischen Bevölkerung versorgt werden oder auf der Straße. Die zugesagten drei Milliarden Euro von der EU werden mit Sicherheit nicht den Flüchtlingen in den kurdischen Gebieten und den auf der Straße lebenden Flüchtlingen zu Gute kommen. Keiner weiß bis dato, wohin genau die Milliarden fließen werden.

Um den Zustrom von Flüchtlingen wie auch immer zu begrenzen, stockt jetzt die Bundesregierung zusätzlich die Entwicklungshilfe für die Türkei von derzeit 36 Mio. auf 50 Mio. Euro auf.

Gemeinsamer Kampf gegen den Terrorismus?

Das Attentat von Istanbul wurde zum Anlass genommen, dem Terrorismus gemeinsam den Kampf zu erklären. Der tägliche Staatsterror gegen die Kurden wurde dabei ausgeblendet. Angela Merkel sicherte Davutoglu zu, die Türkei im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen. Dabei meinte sie vermutlich den Kampf gegen den IS, der aber von der Türkei nur punktuell geführt wird. Davutoglu hat dies ganz anders verstanden, wie die Hürriyet Daily News ihrer Schlagzeile titulierte: Ankara und Berlin bekämpfen ISIL und die PKK zusammen.

In der Sendung „Titel Thesen Temperamente“ der ARD wurde am 24.1.16 ein Bericht ausgestrahlt, der den angeblichen Kampf gegen die PKK als Krieg gegen die Zivilbevölkerung bezeichnet und die Kriminalisierung der nicht-regierungskonformen türkischen Presse sowie der kritischen Wissenschaftler dokumentiert.

Kritik kommt nun auch aus dem Europaparlament: Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini forderte am Montag nach Gesprächen mit türkischen Regierungsvertretern in Ankara einen sofortigen Waffenstillstand in den Kurdengebieten im Südosten der Türkei. Der türkische Europa-Minister Volkan Bozkir erklärte auf derselben Pressekonferenz, seine Regierung werde den Kampf gegen

die kurdischen Rebellen fortführen. Die Türkei werde ihren Kampf gegen „alle terroristischen Organisationen“ fortsetzen, darunter die PKK.

Mit diesem Krieg gegen die eigene Bevölkerung sorgt Ankara sogar für noch mehr Flüchtlinge, anstatt sie zu begrenzen. Über 200.000 kurdische Flüchtlinge gibt es, die sich auf den Weg nach Europa machen – denn: In der Türkei sind sie nirgends sicher.

Das erinnert an die 1980er Jahre, als der damalige Diktator Evren durch einen Putsch an die Macht kam und ebenfalls einen erbitterten Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und Andersdenkende führte. Die Folge war eine große Migrationswelle nach Deutschland. Es wird angenommen, dass 80 bis 90 Prozent der 338.430 Asylsuchenden, die zwischen 1980 und Juni 2002 aus der Türkei in die Europäische Union kamen, Kurden waren.

<http://www.heise.de/tp/artikel/47/47255/1.html>, 30.01.2016

IPPNW: Türkei verwehrt ÄrztInnen den Zugang zu Schwerverletzten

**Deutsche Sektion der IPPNW fordert sofortiges
Ende der Blockade von Cizre und die Versorgung der
eingeschlossenen Menschen.**

Ein Ortsteil der kurdischen Stadt Cizre im Südosten der Türkei ist seit dem 14. Dezember 2015 mit einer durchgängigen Ausgangssperre belegt. Die BewohnerInnen sind von der Versorgung mit Wasser und Strom abgeschnitten.

Nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer Menschenrechtsgruppen, unter anderem der „Türkischen Menschenrechtsstiftung“ und „Amnesty International“, befinden sich seit dem 23. Januar 2016 mehr als zwanzig zum Teil schwer verletzte Personen und einige Tote in einem Keller in der Stadt Cizre. Wegen des schweren Granatbeschusses der türkischen Sicherheitskräfte können sie nicht geborgen und ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Ärztinnen und Ärzte der Deutschen IPPNW sind tief besorgt um das Leben der Eingeschlossenen. Die IPPNW fordert, dass die elementaren Regeln des Kriegsrechts auch im Bürgerkrieg im Südosten der Türkei von allen Seiten eingehalten und verwundete Zivilisten und Kombattanten medizinisch versorgt werden.

Die IPPNW unterstützt die türkischen und kurdischen ÄrztInnen der Ärztekammer und der Menschenrechtsstiftung in ihren Bemühungen um das Leben der Verletzten. Die ÄrztInnen der IPPNW haben sich schriftlich an die Bundesregierung und die Bundesärztekammer gewandt, sich für eine schnelle Lösung einzusetzen.

Kontakt:

- » Dr. med. Gisela Penteker, Türkeibeauftragte der IPPNW, Tel. 0171-7701613
- » Angelika Wilmen, Pressesprecherin der IPPNW, Tel. 030-69 80 74-15, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Körtestr. 10, 10967 Berlin
wilmen@ippnw.de, www.ippnw.de

Pressemitteilung, 3.2.16

Dringender Hilferuf aus Nordsyrien: Türkei soll Blockadepolitik aufgeben

Ein Hilferuf aus der überwiegend von Kurden bewohnten Region Afrin im Nordwesten Syriens erreichte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Donnerstag. Die Präsidentin des Kantons, die Kurdin Hevi Mustafa, bat in einem Telefonat mit dem GfbV-Nahostreferenten Kamal Sido dringend um Unterstützung für die Versorgung von bis zu 35.000 Flüchtlingen, die ihren Angaben zufolge seit dem 3. Februar vor den massiven Angriffen auf Aleppo und umliegende arabische Ortschaften fliehen mussten und in Afrin Schutz gesucht haben. „Wir haben alle Bewohner Afrins aufgefordert, zu helfen. Wer kann, bringt eine warme Decke oder eine Matratze zu den Sammelpunkten. Auch wenn Medikamente wegen der Blockadepolitik der türkischen Regierung sehr knapp sind, werden kranke Flüchtlinge in den beiden Krankenhäusern von Afrin behandelt. Noch ist das möglich, aber wir brauchen unbedingt humanitäre Hilfe aus dem Ausland. Dann könnten wir auch noch viel mehr Flüchtlinge versorgen“, sagte Frau Mustafa.

Afrin hat einschließlich der Flüchtlinge bis zu 1,5 Millionen Einwohner. Der Kanton ist neben Kobani und Cizre eine der drei mehrheitlich von Kurden besiedelten Regionen, die sich 2012 gegen die Widerstände des syrischen Regimes und der islamistischen Opposition für autonom erklärt haben.

„Wenn keine Hilfe von außen kommt, steuern wir auf eine humanitäre Katastrophe zu“, warnte die Kurdin. „Bitte nutzen Sie alle sich bietenden Gelegenheiten, die türkische Regierung zur Aufgabe ihrer Blockade-Politik gegenüber Afrin und Nordsyrien zu bewegen. Lassen Sie es nicht zu, dass die syrische Zivilbevölkerung den geopolitischen Interessen Russlands und der Türkei zum Opfer fällt.“ Bisher hat die Türkei für die Versorgung der Menschen in Afrin keinen Grenzübergang geöffnet.

Während Russland mit seiner Luftwaffe die Truppen des schiitisch geprägten syrischen Diktators Baschar al-Assad unterstützt, hilft die türkische Regierung als Schutzmacht der Sunniten den radikalislamistischen bewaffneten

Gruppen mit Waffen und Geld. Außerdem gilt die Türkei als Ruhegebiet und Transitland der sunnitischen Radikalis-lamisten. Auch der schiitische Iran, auf der Seite von Assad, und das sunnitische Saudi-Arabien, auf der Seite der sunni-tischen Rebellion, sind in dem seit 2011 tobenden syrischen Bürgerkrieg involviert. Vor allem Angehörige der ethni-schen und religiösen Minderheiten, wie die christlichen Assyrer/Aramäer/Chaldäer, Kurden, Armenier, Turkmenen, Tscherkessen, Yeziden, Ismailiten und Drusen sind zwischen die Fronten geraten. Zusammen bilden die Minderheiten etwa die Hälfte der 24 Millionen Menschen zählenden Be-völkerung Syriens und lehnen mehrheitlich die Errichtung eines „Islamischen Staates“ in ihrem Land ab.

*Gesellschaft für bedrohte Völker, nahost@gfbv.de
www.gfbv.de, 11.2.16*

Türkische Armee bombardiert syrisch-kurdische Enklave Afrin

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) wirft der türki-schen Regierung vor, mit der Beschießung der kurdischen Enklave Afrin in Nordsyrien das Völkerrecht in schwerster Form zu verletzen. „Es hat keinerlei Provokation von der Ver-waltung in Afrin gegeben“, berichtete der GfbV-Nahostex-perte Kamal Sido am 19. Februar in Göttingen. „Trotzdem nimmt das türkische Militär seit gestern Nacht verschie-denen Ortschaften mit Artillerie und Raketenwerfer unter schweren Beschuss. Betroffen sind folgende Ortschaften: Shaykh al Hadid (Shiye), Derbalout, Hammam, Freriye, Sanare und Qarmitlike. Granaten sollen auch im Zentrum der Region Afrin, die sich im Alleingang für autonom erklärt hat, eingeschlagen sein. Es gibt bereits mindestens vier Tote und sieben Verletzte unter den Zivilisten.“

Diese Angaben haben sowohl die in London ansässige Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte als auch Freunde und Gewährsleute der GfbV vor Ort in Telefonge-sprächen bestätigt. „Die Menschen haben sich die ganze Nacht in besser geschützte Räume geflüchtet. Sie hatten Angst, von einer Bombe oder Rakete getroffen zu werden“, berichtete ein 60-jähriger Kurde aus der Ortschaft Shaykh al Hadid (Shiye) dem GfbV-Nahostreferenten am Telefon. Auch Sidos Mutter und Geschwister leben in Afrin.

Die türkische Regierung rechtfertigt ihre Angriffe damit, dass syrisch-kurdische Milizen türkische Stellungen angriffen hätten und für den Anschlag am Mittwoch in Ankara verantwortlich seien. Diese Vorwürfe weisen die Kurden strikt zurück. Kurdische Parteien und Milizen in Syrien haben den Anschlag aufs Schärfste verurteilt und als „feigen Terroranschlag“ bezeichnet.

Die Zivilbevölkerung in Afrin wird seit 2012 von radi-kalislamistischen Gruppen wie die Al Nusra-Front, Ahrar Al Sham, Jaish Al Islam, Jaish Al Mujahidin und der „Islamische Staat“ (IS) durch Artillerieangriffe und durch die Blockade von Zufahrtsstraßen zwischen der Enklave und der Pro-vinzhauptstadt Aleppo terrorisiert. Immer wieder werden Zivilisten von diesen islamistischen Gruppen verschleppt. Die türkische Regierung hat die Islamisten seit 2012 gewäh-ren lassen, kritisiert die GfbV. „Doch jetzt greift das türkische Militär unmittelbar in den Kampf ein und terrorisiert seiner-seits die Zivilbevölkerung. Obwohl viele Menschen in Afrin bleiben wollen, könnten sie durch den massiven Beschuss doch in die Flucht getrieben werden und nach Deutschland oder Europa fliehen.“

„Ziel der türkischen Regierung ist es, die Entstehung eines kurdischen Autonomiegebietes in Nordsyrien zu verhindern, notfalls durch einen Einmarsch in Nordsyrien“, warnt Sido. Die Mehrheit der Kurden und anderer Minder-heiten wie Assyrer/Aramäer, Christen, Yeziden, Alawiten, Drusen, Ismailiten oder Schiiten lehnen die politische und militärische Einmischung der Türkei in Syrien strikt ab. Die türkische Regierung unterstützt vor allem die radikalisla-mistischen Gruppen in Syrien und nicht die säkulare Oppo-sition, die ein demokratisches Syrien nach Assad-Diktatur fordert.

*Gesellschaft für bedrohte Völker, nahost@gfbv.de
www.gfbv.de, 19.2.16*

Gegen den türkischen Angriffs-krieg gegen die Kurden in Syrien

Warum darf ein NATO-Mitglied eine ethnische Minderheit in einem anderen Staat mit Bomben überziehen?

Von Thomas Benedikter

Seit einigen Tagen beschießt die Türkei die von Kurden bewohnte Gegend von Afrin in Nordsyrien. Vor allem in den Ortschaften Shayk al Hadid, Derbalout, Hammam, Freriye, Sanare und Qarmitlike gibt es schon zahlreiche Opfer, wie die GfbV vermeldet. Die Türkei rechtfertigt die Angriffe da-mit, dass die Kurdenmilizen die Türkei angegriffen hätten. Das erinnert an den 1. September 1939 in Oberschlesien: „Seit heute wird zurückgeschossen.“ Dass die syrischen Kurden, die unter ständiger Bedrohung des IS und anderer islamistischer Milizen stehen, ausgerechnet die Türkei pro-vozieren will, ist eigentlich lächerlich.

Klar ist hingegen, dass die Türkei den Aufbau einer autonomen Region der Kurden in Nordsyrien verhindern will. Doch mit welchem Recht? Erdogan hat schon mehrfach Präventivschläge gegen die Kurden in Syrien angedroht, die bisher indirekt über eine totale Grenzblockade und die Förderung des IS-Terrorismus bekämpft hat. Doch Rojava ist ein demokratisches Experiment in einer trostlosen Szenerie von Gewalt, eine multiethnische autonome Region innerhalb Syriens, die die Türkei nicht bedroht. Hier sorgt die Türkei neben dem Staatsterror von Assad für die nächsten Massaker und Flüchtlingsströme im Rahmen ihrer katastrophalen Kurdenpolitik.

Wie kann die EU mit einem solchen Staat zusammenarbeiten, der drei Milliarden Euro für Flüchtlingshilfe kassiert, das aber nicht umsetzt, sondern Munition beschafft, um Kurden im Ausland zu beschießen? Wie kann die NATO einen Staat als Mitglied dulden, der ungestraft – 100 Jahre nach dem Völkermord an den Armeniern – die nächsten Kriegsverbrechen in derselben Gegend betreibt? Dagegen protestieren morgen, Samstag, 27.2., 15 Uhr, auf dem Rathausplatz in Bozen die in Südtirol lebenden Kurden und Kurdinnen. Alle sind zur Teilnahme aufgerufen!

<https://www.salto.bz/article/26022016/gegen-den-tuerkischen-angriffskrieg-gegen-die-kurden-syrien>, 27.2.16



Aufruf zur Teilnahme an Newrozdelegation 2016

Wie in den vergangenen Jahren auch, werden rund um den 21. März in allen größeren Städten Nordkurdistans Newroz-Feierlichkeiten stattfinden. Wir rufen alle solidarischen Kreise dazu auf, am diesjährigen Newroz-Fest in Kurdistan teilzunehmen. In diesem Jahr ist es besonders wichtig, dass möglichst viele internationale Delegationen am Newroz-Fest teilnehmen, weil nur durch ihre Präsenz eine internationale Beobachtung der Feierlichkeiten gewährleistet werden kann.

Gastgeberin der internationalen Delegationen wird die Demokratische Partei der Regionen (DBP) und die Stadtverwaltung von Amed sein. Wir empfehlen allen Interessierten, dass diese für die Reise den Zeitraum vom 16.03. bis zum 22.03. einplanen. Es wird für diesen Zeitraum ein gemeinsames Reiseprogramm für die TeilnehmerInnen organisiert. Der Anmeldeschluss ist am 06. März. TeilnehmerInnen sollten ihre Flüge direkt nach der Anmeldung selbst buchen. Die Hotelreservierungen können wir nach der Buchung des Flugs übernehmen.

Kontakt: NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V., info@navdem.com

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

Demokratisches Türkeiforum,

info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für

Öffentlichkeitsarbeit e.V., info@civaka-azad.org,

www.civaka-azad.org

Gesellschaft für bedrohte Völker, nahost@gfbv.de,

www.gfbv.de

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.,

isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdmania.com, Portal für Politik & Kultur,

www.kurdmania.com

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org,

www.pen-kurd.org

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Mezopotamian Development Society,

MESOP@online.de, www.mesop.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V.,

info@navend.de, www.navend.de

The Turkish Economic and Social Studies Foundation

(TESEV), www.tesev.org.tr/eng/

Zentrum für Türkeistudien, www.zft-online.de